

## Haushaltsrede 2016

### **Motto:**

*Die Aufnahme von Flüchtlingen ist für unsere Stadt die größte Herausforderung*

oder:

*„Deutsche Gründlichkeit ist super, aber es wird jetzt deutsche Flexibilität gebraucht!“*

➤ *Angela Merkel am 31.08.2015*

Sehr geehrter Herr Ratsvorsitzender,  
lieber Herr Kollege Herrmann,  
sehr geehrte Mitglieder des Rates unserer Stadt,  
liebe Kolleginnen und Kollegen der Ortsräte und unserer Verwaltung,  
sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger,  
sehr geehrte Vertreter der örtlichen Presse,  
sehr geehrte Damen und Herren,

bereits im letzten Jahr musste ich darauf hinweisen, dass die Weltpolitik auch hier in Wunstorf Auswirkungen haben wird. Millionen von Menschen sind auf der Flucht vor religiöser Intoleranz, Hass und Folter und es gibt zahlreiche Brennpunkte in der ganzen Welt, die zu Krieg, Hunger und Elend geführt haben. Viele dieser Menschen wissen, dass sie in dem wohlhabenden Deutschland gut aufgehoben sind. Sie wollen zu uns, weil sie hoffen, hier in Frieden leben zu können und vielleicht auch eine neue Existenz aufzubauen.

Einige kommen nur hierher um zurückzukehren, falls es in ihrem Land wieder ruhiger geworden ist. Mit großem Engagement wird all diesen Menschen hier in Wunstorf geholfen. Mit Hilfe unseres Integrationsbeirates, den wir vorbildlich und schnell schaffen konnten, mit dem tatkräftigen Anpacken meiner Verwaltung und natürlich auch mit den guten Entscheidungen der Politik, ist es uns gelungen, all diese Menschen hier in Wunstorf bisher dezentral unterzubringen.

Über 80 Mietverträge konnten wir bislang abschließen.

Ob Integrationslotsen, Lehrerinnen und Lehrer für Sprachkurse, sonstige Helferinnen und Helfer, engagierte Menschen in z. B. dem Arbeitskreis Asyl und Integration, dem Kleiderladen oder der Wunstorfer Tafel - all diese packen an, sind ehrenamtlich tätig und wollen den Menschen, die von Elend, Hunger und Krieg gezeichnet sind, helfen. Ein Ende dieses Flüchtlingsstroms ist leider nicht absehbar.

Über 218.000 Asylanträge wurden im ersten Halbjahr 2015 in der Bundesrepublik gestellt. Eine Erhöhung um 124,8 Prozent, wahrscheinlich sogar 1 Mio. Asylbewerber, werden noch in diesem Jahr erwartet. Zurzeit leben 600 Migranten, Flüchtlinge und Vertriebene nach unterschiedlicher Rechtsgrundlage in unserer Stadt. Wir werden uns auf weitere Zuweisungen einstellen müssen.

Die von der Bundeskanzlerin eingeforderte Flexibilität wird hier schon lange gelebt. Leider habe ich nicht den Eindruck, dass übergeordnete Stellen im Land oder im Bund die eingeforderte Flexibilität zeigen. Ich denke nur an das unwürdige Schachern um die finanzielle Beteiligung an den Flüchtlingskosten des Landes oder des Bundes.

Es sind in erster Linie die Kommunen, die auf dem größten Teil der Kosten sitzen bleiben. Gesetzliche Vereinfachungen, wie z. B. beim Vergaberecht oder bei den Baugenehmigungen werden zwar immer angekündigt, doch lässt die Umsetzung weiter auf sich warten.

Flüchtlingsgipfel, Apelle zu einer europäischen Flüchtlingspolitik, Zusagen mehr Richterinnen und Richter einzustellen, werden postuliert – faktisch passiert ist eigentlich viel zu wenig.

Es ist in der Politik offenbar „ein bisschen schick“ nur zu reagieren und nicht zu agieren. Mit dieser Einstellung können wir in den Kommunen allerdings nicht arbeiten. Wir benötigen – so, wie wir es bei unseren eigenen Aufgaben gewöhnt sind – ein aktives Gestalten, damit die Probleme schnell gelöst werden. Das zum Teil tiefe

Unbehagen in der Bevölkerung ist auch deshalb zu erklären, dass man von praktikablen Lösungen weit entfernt ist.

So halte ich es z. B. für völlig falsch, Migranten, die nach der Genfer Flüchtlingskonvention bzw. im deutschen Asylrecht kein Bleiberecht erhalten, auf die Kommunen zu verteilen, bevor eine entsprechende Entscheidung getroffen ist. Diese Menschen können wir leider nicht so integrieren, wie wir es uns wünschen und für unseren Haushalt hat dieser Umstand nicht unerhebliche Auswirkungen.

In diesem Zusammenhang ist es völlig überzogen, wenn der Niedersächsische Städte- und Gemeindebund - also die Konkurrenz zum Niedersächsischen Städtetag, dem wir angehören – der Bundesregierung Staatsversagen in diesem Zusammenhang vorwirft. Der Staat hat nicht in der Flüchtlingskrise versagt, er hat sich zu seiner christlichen Verantwortung bekannt. Es hilft doch nichts, liebe Kolleginnen und Kollegen, sich immer wieder gegenseitige Vorwürfe zu machen, wir müssen handeln. Die Landtagsdebatte vor 14 Tagen hat in diesem Zusammenhang auch sehr wenig gebracht. Es wurden Allgemeinplätze wiederholt, konkrete Maßnahmen wurden leider nicht verabredet.

Ich möchte diese Haushaltsrede dazu nutzen, uns einige wesentliche Forderungen hier noch einmal nahezubringen, so wie es der Niedersächsische Städtetag Anfang September 2015 formuliert hat.

1. Wir fordern, dass keine Verteilung von Flüchtlingen auf Kommunen geschieht, bevor ein Asylantrag gestellt wurde. Die derzeitige Praxis, bei der eine große Zahl von Flüchtlingen, ohne Antragstellung eines Asylantrages, auf die Kommunen verteilt wird, führt zu erheblichen Mehraufwand und organisatorischen Problemen in den Kommunen.
2. Wir fordern die vollständige Kostenerstattung. Unsere Haushalte sind im Augenblick nicht kalkulierbar, da wir das meiste Geld vorstrecken müssen.
3. Sogenannte Wirtschaftsflüchtlinge aus dem Balkan sind konsequent abzuschieben. Kosovo, Albanien und Montenegro sind möglichst kurzfristig zu

sicheren Herkunftsstaaten zu erklären. Diese Flüchtlinge haben mehrheitlich keine Chance auf einen dauerhaften Aufenthalt in Deutschland im Rahmen des Asylrechts.

Leider ist in diesem Zusammenhang auch ein Missbrauch des Asylrechts zu beklagen. Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, in dem entsprechenden Fachbereich, können „ein Lied davon singen“.

Wir müssen gemeinsam dafür sorgen, dass die positive Stimmung der Menschen in unserer Stadt, Asylanten helfen zu wollen, nicht dadurch zu kippen droht!

4. Wir benötigen Sonderbauprogramme für Flüchtlingsunterkünfte, aber auch für Wohnungen von Flüchtlingsfamilien. Hierzu sind die augenblicklichen energetischen Standards erheblich zu senken und die Verfahren zu beschleunigen.
5. Die schulische Betreuung von Flüchtlingskindern ist sicherzustellen. Zurzeit fehlt es vielerorts an den räumlichen, personellen und finanziellen Gegebenheiten für den dringend erforderlichen Sprachunterricht sowie die Betreuung der Kinder durch Schulsozialarbeiter und Schulpsychologen. Hierzu ist das Land gefordert und auch zuständig.

Bei uns fehlt ein kompetenter Ansprechpartner im Land. Teilweise ist es so, dass die Koordinierung durch das Landeskabinett selbst erfolgt. Das kann nicht zu einem guten Ergebnis führen.

Es rächt sich, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass die Vorgängerregierung die Bezirksregierung abgeschafft hat. Die Bezirksregierungen wären jetzt viel besser in der Lage, die Flüchtlinge in Niedersachsen gerecht zu verteilen. Es ist völlig absurd, dass nach dem *Königssteiner Schlüssel*, insbesondere in Ballungsgebieten, Flüchtlinge zugewiesen werden, obwohl jedermann weiß, dass dort der Wohnraum knapp ist und Unterkünfte überhaupt nicht vorhanden sind. Dagegen sind in strukturschwachen Gebieten, wie z. B. im Harz, in Lüchow Dannenberg oder

allgemein im ländlichen Bereich, durchaus Wohnraum vorhanden, den man sehr schnell füllen könnte.

Machen wir uns nichts vor, dass Problem das ich aufgezeigt habe, ist längst nicht „im Griff“. Wir stehen eher am Anfang einer Lösung dieses Problems und werden uns wahrscheinlich im nächsten Jahr auf eine viel größere Zahl von Flüchtlingen einstellen müssen.

Aber, dieses ist auch die Stunde der Exekutive. Jetzt zeigt sich, ob eine Verwaltung gut aufgestellt ist und anpackt. Schuldzuweisungen, die die Vergangenheit reflektieren, helfen nicht weiter.

Wir packen an und ich bin sehr zuversichtlich, dass wir es schaffen, zumal Sie – unser Stadtrat – uns hier die notwendige Unterstützung bereits in Aussicht gestellt haben.

Rund 500.000,-- € haben wir für 2016 für Investitionen in diesem Bereich veranschlagt. Das Geld werden wir schon jetzt in diesem Jahr ausgeben. Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter werden sich auch in Zukunft um unsere Flüchtlinge kümmern. Entsprechende Stellen sind bereitgestellt. Dazu werden wir auch private Dienste in Anspruch nehmen und ggf. unsere Schulsozialarbeiter mit einbeziehen. Der Fachbereich *Sozialer Dienst* wurde personell aufgestockt. Es wurde im Verwaltungsvorstand verabredet, Aufgaben zurückzustellen und personelle Ressourcen insoweit der Flüchtlingsarbeit zuzuführen.

Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich lege Ihnen den Haushalt 2016 vor, der diese zusätzlichen Belastungen nicht abbildet. Sie sind auch noch gar nicht absehbar. Aber wir können nicht warten und erst das Geld dann ausgeben, wenn wir genau wissen, dass wir es auch tatsächlich eingenommen haben. Wir müssen und werden jetzt handeln.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich komme jetzt zu den Details dieses Haushalts. Bereits ohne das Flüchtlingsproblem weist er ein Defizit von rund 2 Mio. € aus. Angesichts der Steuereinnahmen und der Steuererhöhungen in diesem Jahr werden

Sie mich zu Recht fragen, wie es dazu kommen konnte? Insgesamt haben sich die Aufwendungen im Vergleich zum Vorjahr um insgesamt 3,66 Mio. € erhöht. Aufgrund der höheren Steuerkraft der Stadt Wunstorf und der in 2014 gebildeten, geplanten Rückstellung, müssen wir mit einer höheren Regionsumlage von 1,9 Mio. € kalkulieren. Wir haben gehofft, dass die Regionsumlage etwas sinken würde, doch hat die Region auch aufgrund der erhöhten Aufwendungen für das Krankenhauswesen und insbesondere für die Flüchtlingsproblematik kaum noch Ressourcen, ihre Umlage zu senken.

Allerdings hat der Regionspräsident auf der Klausurtagung in der letzten Woche mit allen Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern im Landhotel mit dem bezeichneten Namen „Zu den Rothen Forellen“ in Aussicht gestellt, unter gewissen Voraussetzungen, die Regionsumlage doch noch zu senken.

Die Bedingung ist aber, dass alle Kommunen künftig die Kita-Beiträge übernehmen, von denen einkommensschwache Eltern bislang befreit sind. Dieses wird in einem komplizierten Verfahren bisher mit der Region abgerechnet. Nur die Städte Neustadt und Garbsen und im nächsten Jahr auch Barsinghausen, haben es abgelehnt, diese Aufwendungen pauschal abzurechnen, was einen weiteren bürokratischen Aufwand für die Region Hannover bedeutet. Bei Bereitschaft aller Kommunen würde die Region bereit sein, die Umlage um 32 Mio. € zu senken, sodass nach Abzug der zu übernehmenden Kosten für die wirtschaftliche Jugendhilfe, für uns eine Senkung der Regionsumlage um 680.000,-- € in Betracht kommen könnte.

Allerdings wird der Regionspräsident den aktuellen Haushalt nicht mit diesem Vorschlag versehen, sondern die Verhandlungen abwarten. Insofern ist natürlich diese Senkung nicht in diesem Haushaltsentwurf aufgenommen worden. Durch die höhere Steuerkraft erhöht sich auch die Gewerbesteuerumlage um rund 200.000,-- €, die wir entsprechend abführen müssen. Wir haben im Jahre 2015 ebenfalls mehr Personal eingestellt, insbesondere für die Schulsozialarbeiter und im Bereich der Kindertagesstätten. Zusammen mit dem Tarifabschluss müssen wir diese Mehraufwendungen verkraften, insgesamt rund 530.000,-- €

Für Schaffung neuer Kinderbetreuungseinrichtungen, zu der wir gesetzlich verpflichtet waren, müssen wir 700.000,-- € zusätzlich aufwenden. Aufgrund unserer Steuerkraft reduziert sich leider auch die Schlüsselzuweisung des Landes um rund 1,1 Mio. €. Da wir in den letzten Jahren eine ansehnliche Rücklage ansparen konnten von rund 17 Mio. € und auch das Haushaltsjahr 2015, anders als prognostiziert, voraussichtlich wieder mit einem größeren Überschuss abschließen wird, werden wir durch Zuführung aus der Rücklage, den Haushalt ausgleichen können.

Dennoch, dieses kann man – wie gesagt – nicht jedes Jahr machen. Wir müssen aufpassen, dass wir nicht in ein strukturelles Defizit geraten, und daher ist Sparen, auch angesichts der unkalkulierbaren Ausgaben für Flüchtlinge, weiterhin Gebot der Stunde.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, obwohl – oder vielleicht auch weil – die Lage in Wunstorf so ist, wie ich sie geschildert habe, nach dem Motto „irgendwie gleichen wir den Haushalt immer aus“, ist das Anspruchsdenken in unserer Stadt ungebrochen. Schon jetzt habe ich Sorgenfalten, wenn ich daran denke, wie die politischen Parteien Wahlprogramme formulieren und weitere Wohltaten für die Bürgerinnen und Bürger versprechen, die wir nie und nimmer entsprechend umsetzen können. Unsere Infrastruktur ist zum Teil marode. Das Kanalnetz in unserer Stadt zeigt es nahezu täglich. Wir haben Ihnen bereits in diesem Jahr ein sogenanntes Sanierungskonzept für die Straßen und die Kanalisation der Stadt Wunstorf vorgestellt. Dabei wurden nur ca. 260 von 500 Straßen ausgewertet. Danach ist bei ca. 11 % aller Straßen eine sofortige Sanierung erforderlich.

Beim Kanalkataster sieht es nicht besser aus. Ca. 25 % der Kanalisation ist der Schadensklasse 1 zuzuordnen, d. h. sofortige Sanierung erforderlich. Summen, die wir kaum sofort stemmen können. Dieses erklärt auch, dass die Einzahlungen aus Investitionstätigkeiten mit rund 2 Mio. € wieder höher ausfallen, als im letzten Jahr. Wir müssen unsere Infrastruktur erhalten und können uns daher eigentlich keine weiteren neuen Investitionen leisten.

Im diesem Zusammenhang möchte ich zu der Kritik an unserer kommunalen Straßenausbaubeitragssatzung Stellung nehmen.

Angefangen vom *Bünteweg* in Luthé bis hin zur *Klosterstraße* in Großenheidorn melden sich Bürgerinnen und Bürger zu Wort, die diese Satzung für ungerecht halten. Sie berufen sich auf den „*Allgemeinen Verein für gerechte Kommunalabgaben in Deutschland*“ aus Barsinghausen. Um es klar zu formulieren, die Anliegerstraße ist ein Teil des Grundstückes und muss daher auch finanziell vom Eigentümer unterhalten werden.

Es kann nicht sein, dass hierfür die Allgemeinheit eintritt und dazu beiträgt, dass der Wertgewinn eines Grundstückes allein dem Eigentümer, bzw. seinen Erben, zugutekommt. Keiner kommt auf die Idee, bei einem schadhafte Dach oder einer defekten Heizungsanlage, hier den Staat aufzufordern, entsprechende Mittel bereitzustellen.

Ohne Anliegerstraßen wird ein Grundstück nicht erschlossen und daher sind diese Kosten auch zum größten Teil vom Anlieger aufzubringen. Glauben Sie bitte nicht, wenn alleine der Staat dieses aus den allgemeinen Steuern zahlen müsste, dass dann die Sanierung der Straßen in der Weise erfolgt, wie es zurzeit in Wunstorf der Fall ist. Wir hätten dann Zustände wie in der DDR. Straßen würden verfallen, da keine Mittel zur Verfügung stehen, sie zu sanieren, und falls sie saniert werden, ist es gerecht, wenn hierfür auch durch die allgemeine Grundsteuer der Mieter dafür aufkommt – ich sage NEIN! So, wie jeder Eigentümer Rücklagen für die bauliche Instandhaltung seines Hauses bilden muss, so muss er auch kalkulieren, dass er für die Sanierung seiner Straße einmal im Leben – also alle 50 Jahre – aufzukommen hat.

Nun ist es ja nicht so, dass der Eigentümer die Straße allein zahlt. Mindestens 25%, aber häufig auch 50%, 60% bis zu 70% je nach Straßenzuordnung zahlt die Gemeinde und beteiligt sich insofern an der Sanierung des Straßenkörpers.

Eine Änderung der augenblicklichen Situation würde den Haushalt sehr stark belasten und letztlich dazu führen, dass die Sanierung der Straßen so nicht



durchgeführt werden wird, wie es eigentlich der Fall sein muss. Ich komme in diesem Zusammenhang noch einmal zurück zum Anspruchsdenken.

Ich war ziemlich erstaunt, dass nach der Einweihung unserer Rollsportanlage im neuen Baugebiet *Wunstorf Süd* die Forderung aufgestellt wurde, die Skateranlage sofort zu erweitern und dafür 25.000,- € zur Verfügung zu stellen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist bereits eine tolle Sache, dass die IDB und damit unsere Stadtparkasse es überhaupt möglich gemacht hat, dass eine derartige Anlage in unserer Stadt gebaut werden konnte. Gleichzeitig weiteres Geld zu fordern, ist eigentlich unangemessen. Wir haben hierfür „schlicht und ergreifend“ nicht die notwendigen Mittel.

Ein weiteres Problem ist die Schullandschaft in unserer Stadt. Wir benötigen weiterhin Ganztagschulen, weitere Hortplätze und müssen darüber hinaus die bestehenden Schulstandorte sanieren. Insbesondere die Albert-Schweitzer-Schule muss dringend saniert werden. Auch die Turnhallen, insbesondere in der Barne, sind in die Jahre gekommen und müssen dringend erneuert und vielleicht auch neu gebaut werden.

Angesichts der vielen Baumaßnahmen ist es schon bemerkenswert, dass eine Initiative weiterhin für das Schulzentrum Steinhude kämpft, obwohl gerade in diesem Bereich ein starker Schülerrückgang zu verzeichnen ist. Ich bedauere eigentlich, dass auch nach der jetzigen richterlichen Entscheidung und der mündlichen Verhandlung die Einsichtsfähigkeit bei den Initiatoren dieser Initiative weiterhin nicht vorhanden ist.

Es ist kaum damit zu rechnen, dass die Initiative mit ihren vielen Klagen Erfolg haben wird. Das Verwaltungsgericht Hannover hat sehr deutlich gemacht, dass die Stadt mit ihrem Rat rechtmäßig gehandelt hat.

Es hat auch in seinem Beschluss im einstweiligen Rechtsschutz ausgeführt, dass weder Verfahrensfehler noch grobe Planungsfehler erkennbar sind, und es auch

keine unzumutbaren Belastungen für Schülerinnen und Schüler geben wird, wenn sie Schulen in der Kernstadt von Wunstorf besuchen.

Das Gericht hat darüber hinaus unterstrichen, dass die Klagen deshalb erfolglos sind, da sie sich gegen einen Ratsbeschluss richten, zumindest soweit es das Gymnasium Steinhude betrifft, da dieser Ratsbeschluss keine unmittelbare Auswirkung hat und damit keinen Verwaltungsakt darstellt. Daraus folgt, dass bereits jetzt unser Verwaltungsakt oder Allgemeinverfügung in Sachen Gymnasium Steinhude bestandskräftig geworden ist und nicht als Gegenstand einer rechtlichen, materiellen Überprüfung in Betracht kommt. Damit ist ein Bürgerbegehren, unabhängig, ob die Entscheidung des Verwaltungsausschusses rechtmäßig ist oder nicht, bedeutungslos geworden, da es dieses nicht gegen einen bestandskräftigen Verwaltungsakt geben kann.

Bedauerlich ist, dass Kosten über 15.000,-- € entstehen werden, die von den Initiatoren der Rechtstreitigkeiten zu tragen sind. Das Geld wäre besser angelegt für schulische Projekte und nicht für aussichtslose Rechtstreitigkeiten. Im Haushalt haben wir Investitionen für das Schulzentrum Steinhude für die Zukunft gestrichen. Notwendige Reparaturen werden wir in den nächsten Jahren natürlich noch durchführen, aber wir gehen davon aus, dass spätestens am Ende des Jahrzehnts, so wie es im Übrigen auch die Politik gegenüber der Bürgerinitiative immer gesagt haben, die Schule in der jetzigen Form nicht mehr bestehen wird. Dieses ist natürlich bedauerlich, da damit eine Epoche endet, dennoch trotz der steigenden Flüchtlingszahlen ist nicht damit zu rechnen, dass noch annähernd die Schülerzahlen erreicht werden, die wir vor 10 Jahren hatten. Hinzukommt auch, dass der Landkreis Schaumburg inzwischen signalisiert hat, die Schulträgerschaftsvereinbarung mit der Stadt Wunstorf auf „neue Beine“ zu stellen, oder anders gesagt, sich von den finanziellen Verpflichtungen für seine Schülerinnen und Schüler zurückziehen wird.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, trotz der vielen Investitionen ist auch dieser Haushalt wieder ein Sparhaushalt. Viele Gutachten, die meine Verwaltung entsprechend gefordert haben, sei es das Einzelhandelsgutachten, oder sei es ein Gutachten im Bereich des Freibades Wunstorf, habe ich zunächst zurückgestellt, da wir schlicht und ergreifend das Geld dafür nicht haben. Wir müssen uns auf das

Wesentliche konzentrieren. Wir haben auch nicht mehr die personellen Ressourcen, da wir durch andere Aufgaben nunmehr besonders eingebunden sind.

Die bestehenden Bauvorhaben werden professionell weiter abgewickelt. Dazu kommen neue Vorhaben, sei es z. B. der Barneplatz, die Sanierung des Stadtkirchenvorplatzes oder durch die Verhandlungen mit der Region Hannover veranlasst, der Strandterrassenvorplatz. Diese Sanierungen werden wir in diesem Planungszeitraum vornehmen. Darüber hinaus habe ich die Politik gebeten, sich Gedanken zu machen, wie die Turnhallen in der Barne saniert werden können. Hierfür wollen wir Planungskosten zur Verfügung stellen um herauszubekommen, ob es sinnvoll ist, die bestehenden Turnhallen zu sanieren, oder eine größere neue Turnhalle zu bauen.

Die augenblicklichen rechtlichen Vorschriften zwingen uns, hier tätig zu werden. Auch hier ist eine Verschiebung auf längere Zeit nicht mehr möglich.

Hinzukommt, dass wir im Feuerwehrwesen – insbesondere im Bereich der Feuerwehr Bokeloh – zu einer weiteren Investition gezwungen sein werden. Auch dieses muss in diesem Jahrzehnt noch erfolgen. Wir sind mit Kali & Salz auf einem guten Wege, Ihnen hier eine gute Lösung vorschlagen zu dürfen.

Besorgniserregend ist das Anwachsen des Schuldenstandes. Bislang ist es mir gelungen, im Jahre 2015 den Schuldenstand unter 30 Mio. € zu halten. Dieses wird so nicht mehr möglich sein. Die Schulden würden vom 01.01.2015 auf den 01.01.2016 von 25,7 Mio. € auf rund 27 Mio. € anwachsen. Im Jahre 2016 ist eine Schuldenaufnahme von rund 12 Mio. € vorgesehen, sodass unsere Schulden nach Tilgung auf 37,8 Mio. € anwachsen werden. Das ist mehr, als im vorausgegangenen Jahr geplant. Der Schuldenstand wird zum Ende des Planungszeitraumes auf 48,6 Mio. € anwachsen.

Er wird damit noch deutlich unter 50 Mio. € liegen, aber er ist eigentlich zu hoch. Realistisch sind Schulden zwischen 35 und 40 Mio. €. Nur der niedrige Zinssatz bewahrt uns davor, hier bereits den Notstand auszurufen.

Ich werde alles in meiner Macht stehende tun, die Schulden weiterhin nach unten zu bewegen. Um es gleich vorweg zu sagen, die freiwilligen Leistungen als solche, die durchaus hoch sind, werden nicht dazu führen, die Schulden zu senken. Gut ist es noch, dass wir bisher noch keine Liquiditätskredite in Anspruch nehmen mussten. Wir sind insofern in einer besseren Situation, als andere Städte in Niedersachsen. Dennoch habe ich Ihnen in der Haushaltsrede die Risiken noch einmal entsprechend vor Augen geführt.

Um es auch noch einmal deutlich zu machen, Steuererhöhungen sind nicht mehr möglich. Dieser Weg ist ausgereizt und wird von mir auch nicht weiter beschritten.

Im nächsten Jahr sind Kommunalwahlen. Ich hoffe, dass wir auch nach diesen Wahlen weiterhin das gute Klima in der Stadt beibehalten können. In wichtigen Fragen steht die Politik uns zur Seite.

Wir sind gewappnet gegen den Rechts- und Linkspopulismus, der in dieser Stadt bislang zum Glück keine Rolle spielt. Ich darf Sie bitten, wie in den vergangenen Jahren auch, den Haushalt zügig zu beraten, damit wir ihn in der Dezembersitzung verabschieden können. Dieses wäre mein Wunsch und mein Ziel.

Ich möchte mich bei meinem Team recht herzlich bedanken. In diesem Jahr waren die Belastungen besonders hoch. Zwei Krankheitsfälle haben uns etwas zurückgeworfen und mich auch persönlich getroffen. Insbesondere eine meiner sehr geschätzten Mitarbeiterinnen, Claudia Nowak, war ernstlich erkrankt. Sie ist zum Glück auf dem Wege der Besserung und ich hoffe, dass Sie bald wieder ihre Arbeit hier im Rathaus aufnehmen kann.

Eine andere Mitarbeiterin ist ebenfalls erkrankt. Frau Heere-Streibel konnte leider die Haushaltsaufstellung nicht mit begleiten. Wir wünschen ihr von dieser Stelle alles Gute und hoffen, dass sie bald wieder genesen wird.

Diese Situation hat dazu geführt, dass sich vielleicht der eine oder andere kleine Fehler bei der Haushaltsaufstellung eingeschlichen haben könnte. Bitte sehen Sie uns das nach.

Ich danke insbesondere Marita Baciulis und Andreas Saars, die in hohem Maße, mehr als in der normalen Arbeitszeit möglich, diesen Haushalt aufgestellt haben und quasi über ihre Leistungsgrenzen hinaus sich hier für die Stadt engagiert haben.

Herr Saars, liebe Marita, dafür meinen herzlichen Dank und meine Anerkennung. Auch, wenn es hier nur „warme“ Worte sind, bin ich mir bewusst, welche Belastungen ihr auf euch genommen habt. In einer kleinen Stadt wie Wunstorf ist es so einfach nicht möglich, so eine erfahrene Kraft wie Frau Heere-Streibel einfach zu ersetzen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Stadtverwaltung ist ein gutes Team. Alle legen Hand an, wenn es sein muss und haben – bis auf wenige Ausnahmen – nicht den sogenannten Tunnelblick. Wir sind eine Einheitsverwaltung und handeln auch danach. Uns geht es darum, das Beste für die Stadt zu erreichen und so arbeiten wir. Sie haben mir sehr geholfen, indem Sie mir auch in der Leitungsebene ein gutes Team an die Seite gestellt haben.

Auch wenn der Baureferent in der öffentlichen Sitzung noch nicht gewählt ist, bin ich mir sicher, dass wir gleich auch hier eine gute zielführende Entscheidung für die Zukunft treffen werden. Schön ist es, dass dieses immer mit großen Mehrheiten geschieht. Das stärkt mir auch den Rücken, in einer im Augenblick spannenden und nicht leichten Zeit, in der wir besonders auf Ihre Hilfe und Mitwirkung angewiesen sind.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und wünsche mir für den Haushalt gute und konstruktive Beratungen.